

„Koalition der Willigen“: Aufnahme von unbegleitete minderjährige Ausländer (umA) in Nürnberg – Koalitionsbeschlusses der Bundesregierung vom 08.03.2020

Seit mehreren Monaten wird zwischen den EU-Ländern und auch innerhalb Deutschlands mit dem Ziel verhandelt, umA und besonders schutzbedürftige Kinder und Jugendliche von den griechischen Inseln aus humanitären Gründen aufzunehmen. Dazu wollen sich mehrere EU-Länder zu einer „Koalition der Willigen“ zusammenschließen. Bisher haben sich 10 EU-Staaten dazu bekannt, darunter Deutschland, Frankreich und Luxemburg.

Auf den griechischen Inseln Lesbos, Chros und Samos leben aktuell rund 42.000 Flüchtlinge und Migranten, darunter rund 1.000 – 1.500 besonders junge bzw. schwer erkrankte unbegleitete Minderjährige, die aufgenommen und auf die „willigen“ EU-Länder verteilt werden sollen. Die Gesamtkoordination liegt bei der EU, die Auswahl und Umsetzung vor Ort bei der Flüchtlingsagentur der Vereinten Nationen (UNHCR).

Am 8. März 2020 fasste der Koalitionsausschuss auf Bundesebene folgenden Beschluss:

„I. Unterstützung für Griechenland und humanitäre Hilfe für die Region Idlib

Griechenland hat als Land an der Außengrenze Europas die Aufgabe, diese Außengrenze zu schützen. Griechenland hat dabei unsere Unterstützung und Solidarität. Genauso wie bei der Unterbringung und Versorgung der in Griechenland ankommenden Flüchtlinge.

Ordnung und Humanität gehören für uns zusammen. Deswegen wollen wir Griechenland bei der schwierigen humanitären Lage von etwa 1000 bis 1500 Kindern auf den griechischen Inseln unterstützen. Es handelt sich dabei um Kinder, die entweder wegen einer schweren Erkrankung dringend behandlungsbedürftig oder aber unbegleitet und jünger als 14 Jahre alt sind, die meisten davon Mädchen.

Auf europäischer Ebene wird in diesen Tagen über eine humanitäre Lösung verhandelt, um in einer „Koalition der Willigen“ die Übernahme dieser Kinder zu organisieren. In diesem Rahmen steht Deutschland bereit, einen angemessenen Anteil zu übernehmen.“

Zwischenzeitlich hat die Europäische Kommission in weiteren Gesprächen mit dem Europäischen Unterstützungsbüro für Asylfragen (EASO), der Internationalen Organisation für Migration (IOM) und Griechenland, die operativen Abläufe erörtert. Auch trotz der Coronakrise soll weiterhin am Plan festgehalten werden, es zeigt sich allerdings aktuell, dass sich die zeitlichen Abläufe verzögern könnten.

Unter Federführung des Oberbürgermeisters der Stadt Potsdam wurden die deutschen Städte, die sich bereits als „Städte Sicherer Hafen“ engagieren, aufgefordert, ihre Bereitschaft zur Aufnahme dieser Minderjähriger zu bekunden. Die Stadt Nürnberg hat im Februar signalisiert, bis zu zehn umA aufzunehmen, sollte es eine europäische Lösung geben und Deutschland sich aktiv daran beteiligen. Voraussetzung sei, dass die Verfahren und die Finanzierung der Maßnahmen innerhalb Deutschlands und Bayerns geregelt sind. Ausreichend Aufnahmekapazitäten in Einrichtungen der Jugendhilfe stehen in der Region dafür zur Verfügung. Die Verwaltung bittet um Unterstützung und Zustimmung, unter diesen Voraussetzungen vorerst ca. zehn umA in Nürnberg aufzunehmen. Wenn feststeht, wie sich die Zielgruppe zusammensetzt sowie die Verteilungsfrage und die Finanzierung geklärt sind, kann über weitere Aufnahmen entschieden werden.